

Antwort GRÜNE

Wahlprüfsteine der AÖL zur Landtagswahl 2011

Präambel

Die Positionen der Öko-Anbauverbände gehören zu den Grundpfeilern grüner Politik.

Seit der Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980 waren wir jahrzehntelang die einzige Partei, die sich für den Öko-Landbau eingesetzt hat. Wir verstehen den Öko-Landbau als Zukunft und nicht als Nische. Unser Ziel ist es, den Öko-Landbau in das Zentrum der Landwirtschaftspolitik zu rücken.

Wir GRÜNEN wollen den Anteil des Ökolandbaus als nachhaltigste Anbauform weiter ausbauen. Er soll mit seiner Innovationsfähigkeit in den Bereichen Pflanzenschutz, Tierhaltung, Bodenbearbeitung und Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit Leitbild für die Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft sein.

1 Zur generellen agrarpolitischen Ausrichtung

1.1 Sollte die ökologische Ausrichtung der Landbewirtschaftung, im Speziellen die Position des Ökologischen Landbaus, für die Zeit nach 2013 gestärkt werden? Wenn ja, welche Maßnahmen ergreifen Sie, um die Implementierung ökologischer Elemente in die zukünftige Agrarpolitik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene gegenüber dem konventionellen Landbau zu verteidigen und zu stärken?

Ja, wir setzen uns für eine Stärkung der Position des Ökologischen Landbaus für die Zeit nach 2013 ein.

Maßnahmen auf Landesebene

Wir GRÜNEN wollen auf Landesebene die agrarpolitischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft schaffen und setzen uns für die richtige Weichenstellung der EU-Agrarpolitik in der kommenden Förderperiode (2014 bis 2020) ein. Die Weichen für die Förderprogramme des Landes werden schon jetzt gestellt. Unsere Ziele sind:

1. **Förderprogramme an ökologischen Kriterien ausrichten**

Alle Agrarförderprogramme im Land müssen an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. LandwirtInnen müssen für eine ökologische und nachhaltige Bodenbewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung und für ihren Einsatz bei der Pflege der Kulturlandschaft einen wirtschaftlichen Anreiz erhalten.

Mehrleistungen, die bei der Bewirtschaftung schwieriger Lagen (z.B. Nasswiesen), der Pflege von Flächen in Naturschutzgebieten oder von Streuobstwiesen anfallen, wollen wir mit einem **Bonus** vergüten. Auch die Zahl der **Arbeitsplätze** in landwirtschaftlichen Betrieben soll als **Förderkriterium** berücksichtigt werden. Im Rahmen der EU-Agrarumweltprogramme soll eine **Naturschutzberatung** für Land- und Forstwirtschaftsbetriebe helfen, die Ausrichtung der Betriebe auf ökologisch verträgliche Wirtschaftsformen zu verbessern. Eine **an Grundfutter und Grünland orientierte Tierhaltung**, die Futtermittelimporte aus Überseeeregionen reduzieren hilft, soll die ökologische Bilanz langfristig verbessern.

Langfristig können wir uns auch eine grundsätzliche Umstellung des Fördersystems vorstellen, bei der es nicht um Zuschläge für Umweltleistungen, sondern um Abschläge bei Nichteinhaltung von höheren Umweltstandards geht.

2. Planungssicherheit für Erzeuger durch stabile Fördererdauer und -höhe

Wir GRÜNEN stehen für zuverlässige **Agrarumweltprogramme** mit **verbindlicher Dauer** und **Höhe der Förderungssummen**. Der Zick-Zack-Kurs, den die derzeitige Landesregierung bei der Förderung der Agrarumweltprogramme fährt, geht zu Lasten der Landwirte.

Ganz aktuell haben wir zusammen mit Natur- und Öko-Landbauverbänden im Januar 2011 erreicht, dass der Neueinstieg in die Öko-Landbauförderung im Rahmen von MEKA in den Jahren 2010 und 2011 doch noch möglich ist. Die Landesregierung hatte (wie schon in der zweiten Hälfte der letzten EU-Förderperiode 2000 – 2006) einen MEKA-Stopp für Neueinsteiger in die 5jährigen Agrarumweltprogramme für die Jahre 2010 - 2013 beschlossen, also nichts aus ihren Fehlern vor sieben Jahren gelernt. Wir GRÜNEN fordern einen Einstieg in alle Agrarförderprogramme auch nach 2011. Weiterhin konnten wir zusammen mit Natur- und Öko-Landbauverbänden erreichen, dass die Öko-Landbauförderung wieder auf 190 Euro/ha angehoben wird.

3. Agrarinvestitionsförderprogramme nachhaltig gestalten

Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass die Investitionsförderung von immer größeren Produktionseinrichtungen nicht der richtige Ansatz ist. Denn die Konzentration der Mittel auf immer größere Stallbauten und Rationalisierungsmaßnahmen mit negativem Beschäftigungseffekt trägt nicht zur Entwicklung ländlicher Regionen bei. Der Ansatz von Bund und Ländern, mit der Finanzierung von Stallbauten die Lage am Milchmarkt zu stabilisieren, ist kontraproduktiv.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die **einzelbetriebliche Agrarinvestitionsförderung** an über den gesetzlichen Mindestanspruch hinausgehende **Standards** in den Bereichen **Tier-, Natur-, Klima- und Umweltschutz gebunden** wird; z.B. an ein ausgewogenes Verhältnis von Tierzahl zu Futterfläche.

4. Gentechnikfreiheit

Wir GRÜNEN wollen ein zu 100 Prozent gentechnikfreies Baden-Württemberg.

Wir begrüßen es, dass sich immer mehr Landwirte in gentechnikfreien Regionen zusammenschließen. Damit diese Regionen sich wirkungsvoller gegen unerwünschten kommerziellen Anbau, aber auch gegen Freisetzungsexperimente einsetzen können, befürworten wir eine rechtliche Stärkung dieser Regionen im Gentechnik-Gesetz. Schon heute aber können Bund, Länder und Kommunen – wenn sie denn wollten - gentechnikfreie Regionen besser als bisher vor einem unerwünschten Anbau von Genpflanzen schützen, ohne dass eine Änderung des EU-Rechts notwendig wäre.

Wir GRÜNE werden keine Freisetzungsexperimente mit GVO in Baden-Württemberg durchführen.

Maßnahmen auf Bundesebene

Wir GRÜNE wollen das Potenzial des Ökolandbaus durch angemessene **Förderung**, zum Beispiel im Bereich der **Forschung**, erschließen und weiterentwickeln. Wir kritisieren das Ungleichgewicht in der Forschungsförderung zwischen Biotechnologie und Öko-Landbau massiv. Die Ökolandbau-Forschung muss entsprechend des gesellschaftlichen Stellenwerts des Ökolandbaus gefördert werden. Dazu muss das

Bundesprogramm Ökolandbau in ein permanentes Forschungsprogramm dezidiert für den Öko-Landbau umgewandelt und die Forschungsförderung aufgestockt werden, um die Forschung auf bisher vernachlässigte Fragestellungen ausweiten zu können. Ein Ausbau der interdisziplinären, querschnittsorientierten Forschung zum ökologischen Landbau ist dringend nötig.

Maßnahmen auf europäischer Ebene

Wir GRÜNEN begrüßen die Vorschläge des EU-Agrarkommissar Ciolos zur Agrarpolitik in den Jahren 2014 bis 2020 als mutigen Schritt in die richtige Richtung. Die Ausgaben der EU für den Agrarsektor müssen künftig stärker an die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen gebunden und gleichzeitig ihre Vergabe entbürokratisiert werden.

Die Gelder sollen gezielt für eine naturverträgliche Landwirtschaft eingesetzt werden. So sollen Betriebe, die sich für den Schutz von Klima, Umwelt, Natur und Tieren engagieren und Arbeitsplätze schaffen, dafür honoriert werden. EU-Agrarsubventionen müssen konsequent von der ersten auf die zweite Säule – also z.B. von Pauschalprämien zu **leistungsbezogenen Umweltprämien** – umgeschichtet werden.

Neben den von der EU-Kommission angekündigten „Ökologisierungskomponenten“ begrüßen wir GRÜNEN die angekündigte „einfache und spezifische Unterstützungsregelung für Kleinlandwirte“ sowie die „Ausrichtung der Unterstützung ausschließlich auf aktive Landwirte“ bei den Direktzahlungen. Um die vielen Nebenerwerbslandwirte in die Förderstruktur einzubinden, ist ein eindeutiges Kriterium zu entwickeln, z.B. über das Einnahmeverhältnis Haupterwerb/Nebenerwerb. Brüssel erkennt „Wachsen oder Weichen“ als die falsche Philosophie für die Landwirtschaft in der EU. Dies ist auch eine der Forderungen grüner Agrarpolitik. Wir wollen die bisherige „**Gießkannen“-Förderung** mit den Pauschalsubventionen **beenden**.

1.2 Die Rolle von privatrechtlichen Standards der Öko-Verbände wurde in der Vergangenheit von der Kommission zwischenzeitlich als Handelshindernis betrachtet. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Nein, das sehen wir GRÜNEN nicht so.

Die EU-Öko-Verordnung setzt Mindestmaßstäbe für das Einhalten von Richtlinien bei der naturverträglichen Erzeugung und Herstellung von Lebens- und Futtermitteln. Privatrechtliche Standards, die über die EU-Öko-Verordnung hinausgehende Anforderungen an Anbau, Verarbeitung und Handel haben, sind ein zusätzliches Qualitätskennzeichen. Ein zuverlässiges Kontrollsystem stellt die Einhaltung der Richtlinien fest. Die erfolgreiche Zertifizierung dient der Transparenz und ermöglicht die Nutzung von Siegeln.

Wir GRÜNEN begrüßen die Möglichkeit für nationale und länderübergreifende Siegel, die über die Anforderungen der EU-Öko-Verordnung hinausgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch zukünftig Bio-Lebensmittel parallel zum EU-Bio-Siegel mit einem privatrechtlichen Siegel beworben und vermarktet werden können.

1.3 Inwieweit werden Sie die weiterhin wichtige Funktion der Anbauverbände in der Fortentwicklung des Ökomarktes unterstützen bzw. die bereits heute erbrachten Leistungen entsprechend honorieren?

Wir schätzen die Arbeit der Öko-Anbauverbände und wollen sie weiterhin unterstützen. Der Öko-Markt hat sich seit seinen Anfängen enorm entwickelt. Aufgrund der erfreulichen Nachfragesteigerung nach Bio-Produkten findet derzeit ein tiefgreifender Wandel hin zu internationalen Warenströmen statt. Der Handelsumsatz ist in den Jahren 2000 bis 2009 um etwa 180 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Öko-Fläche jedoch nur um 75%. Diesen Prozess der Marktentwicklung werden wir GRÜNEN weiterhin kritisch begleiten und auch in Zukunft die Arbeit der Öko-Anbauverbände unterstützen.

1.4 Wie werden Sie bzw. Ihre Partei die Mitsprache der im Lande tätigen Öko-Anbauverbände an der Ausformulierung der zukünftigen Agrarpolitik sicherstellen?

Wir wollen eine **Dialogoffensive** mit den Bäuerinnen und Bauern im Land über die Zukunft des Agrarstandorts Baden-Württemberg.

Für die jetzige Phase der Ausgestaltung der Fortschreibung der EU-Agrarpolitik wollen wir GRÜNEN einen „**Runden Tisch zur Zukunft der Agrarpolitik in Baden-Württemberg**“ einführen, um so die Kompetenzen der Akteure in den Bereichen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz und ländliche Entwicklung in die Ausgestaltung der GAP in Baden-Württemberg einzubinden. Wir legen Wert auf eine gleichberechtigte Beteiligung aller Interessengruppen, Organisationen und Institutionen.

Wir werden die Öko-Anbauverbände in die Ausarbeitung der sie betreffenden Verordnungen, Richtlinien, Gesetze und Fördermaßnahmen enger einbinden als es bisher unter Schwarz-Gelb geschah. Speziell bei der Gestaltung der Operationellen Programme und dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum MEPL II wollen wir die **Öko-Anbauverbände** und ihre Kompetenzen und Erfahrungen **verstärkt einbeziehen**.

2 Zur Zukunft des Ökolandbaus in Baden-Württemberg

2.1 Die Nachfrage nach Öko-Produkten konnte in den letzten Jahren durch heimische Ware nicht gedeckt werden. Sehen Sie hierin eine Chance für die Landwirtschaft in BW? Wenn ja, was wollen Sie hier unterstützend unternehmen? Welche Rolle sehen Sie generell für den Ökologischen Landbau in Baden-Württemberg?

Wir GRÜNEN sehen im Öko-Landbau und in der bäuerlichen Landwirtschaft eine Chance für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Wir wollen einen spürbaren Ausbau der Öko-Landwirtschaft mit dem Ziel: 20 Prozent Öko-Landbau bis 2020.

Öko boomt und die Nachfrage ist größer als die **Erzeugung**. Mit jedem Lebens- und Futtermittelskandal fragen immer mehr VerbraucherInnen Bio-Produkte nach. Das stärkt die Öko-Produktion. Aber es gibt eine Diskrepanz zwischen Umsatzwachstum und Flächenwachstum im Bio-Bereich (Siehe 1.3.). Um die Nachfrage dennoch zu

bedienen, werden schon seit Jahren große Mengen Bio-Produkte aus dem Ausland importiert. Einheimische Bio-Erzeuger verlieren durch den massiv gestiegenen Import hierzulande immer mehr Marktanteile. Die Landwirte brauchen **Verlässlichkeit** und **Anreize für den Einstieg** in den Öko-Landbau. Weiterhin muss der Öko-Landbau mit einer **Begleitforschung** ausgestattet werden. Zu unseren Forderungen hinsichtlich der zuverlässigen Höhe und Dauer der Fördermittel für Agrarumweltprogramme siehe auch unsere Antwort auf Frage 1.1.

Wir GRÜNEN wollen regionale Strukturen in der **Vermarktung** aufbauen und erhalten. So hemmen fehlende Schlachthöfe den Aufbau regionaler Absatzmärkte. Wir fördern regionale Wirtschaftskreisläufe mit Regionalmarken wie z.B. Schwarzwaldmilch, Biosphärenmilch, Bodenseemilch und klar erkennbarer und eindeutiger Herkunftsbezeichnung auf allen Milchprodukten.

Wir brauchen eine echte Qualitätsoffensive für die **Verbraucher**. Wir unterstützen die Vermarktung von gentechnikfreien, naturverträglich und tiergerecht erzeugten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Kombination mit fairen Preisen. Wir fördern die Einführung des Kriteriums "Gentechnikfreiheit" als Bestandteil des Herkunftszeichens Baden-Württemberg.

2.2 Ausgehend von der jetzigen Situation (MEKA-Förderstopp für Neuumsteller ab 2. Januar 2011) würden in den kommenden Jahren keine Betriebe auf ökologische Bewirtschaftung umsteigen. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei die weitere Unterstützung und Entwicklung des hiesigen Ökolandbaus bei bekannter Weise steigender Verbrauchernachfrage nach explizit heimischen Erzeugnissen vorstellt

Zur Beantwortung dieser Frage siehe unsere Antworten auf die Fragen 1.1 und 2.1.

2.3 Vor dem Hintergrund des häufigen Umsteuerns im Bereich der Öko-MEKA-Prämie benötigen unsere Landwirte (und Umstellungsinteressenten) zukünftig agrarpolitische Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei zu der Aussage „Landwirte benötigen Planungssicherheit“ positioniert und wie Sie diese Planungssicherheit innerhalb der Agrarpolitik sicherstellen und umsetzen werden. Im Speziellen zielt diese Frage auf die Tatsache, dass es bereits in der letzten Förderperiode zu einem Förderstopp für Umstellungsbetriebe zum Ende der Programmlaufzeit kam.

Wir GRÜNEN stimmen der Aussage „Landwirte benötigen Planungssicherheit“ zu.

Betriebe, die sich auf eine nachhaltige Bewirtschaftungsform und die Erbringung gesellschaftlicher Dienstleistungen ausrichten, brauchen Planungssicherheit. Darum darf die **Honorierung von Leistungen** zur Erfüllung dringender Zukunftsfragen z.B. im Bereich des Klima-, des Umwelt- und des Artenschutzes **nicht** länger aufgrund des Kofinanzierungsvorbehalts **von den politischen Mehrheitsverhältnissen** und der **Haushaltssituation** in Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländern **abhängen**. Wir GRÜNEN wollen, dass ökologische Leistungen für diese Anliegen zukünftig zu 100 Prozent von der EU finanziert werden. Kleinbauern sowie regionale Verarbeitung und

Vermarktung brauchen eine deutliche **Vereinfachung und Verbesserung der Förderbedingungen**.

2.4 Bitte legen Sie dar, inwieweit sich Ihre Partei Gedanken zur Implementierung eines breit aufgestellten „Aktionsplans zur Förderung des Ökologischen Landbaus in Baden-Württemberg“ gemacht hat. Aus Sicht der Anbauverbände des Ökologischen Landbaus ließe sich für die Ausgestaltung eines derartigen Aktionsplans ausgezeichnet an das bestehende Angebot des Landes, das von der MBW betreute „Biozeichen Baden-Württemberg“, anknüpfen. Auch viele andere europäische Länder und Regionen gehen hier mit einem positiven Beispiel voran.

Wir GRÜNEN haben zur Zukunft des Agrarstandorts Baden-Württemberg und zur Förderung des Öko-Landbaus in Baden-Württemberg ein Konzept entwickelt.

1. Leitbild Öko-Landbau

- Spürbarer Ausbau der Öko-Landwirtschaft, 20% bis 2020

2. Förderung und Unterstützung von regionalen Vermarktungsstrukturen und regionalen Wirtschaftskreisläufen

- Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft in Baden-Württemberg
- Dialogoffensive über die Zukunft des Agrarstandorts Baden-Württemberg
- Fortentwicklung der Bioenergieförderung im Sinne des Klima-, Umwelt- und Landschaftsschutzes

3. Umstellen der Agrarförderungspolitik

- Förderung von Neueinsteigern in den Öko-Landbau
- Zuverlässige Förderung der ökologischen Bewirtschaftung

4. Forschung und Lehre

- Forschung und Ausbildung für den Öko-Landbau

5. Transparenz und Lebensmittelsicherheit

- Ausbau der Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen und Stärkung des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg
- Ausbau der Herkunfts- und Qualitätssiegel und Beteiligung der VerbraucherInnen
- Lebensmittelkennzeichnung (ohne GVO-Futtermittel, Haltungsform, tierische Produkte)

6. Gentechnik

- 100 % gentechnikfreies Baden-Württemberg
- Keine Freilandversuche mit GVO-Pflanzen

7. Öffentliche Hand mit Vorbildfunktion

- Öko-Essen in Kantinen und Mensen
- Eine an der Ökologie und dem fairen Handel orientierte und regionale öffentliche Beschaffung

8. Imagekampagne

- Wir begrüßen das Bio-Zeichen Baden-Württemberg
- noch mehr Öko und Regional in die MBW integrieren
- Aufklärung über regionales, saisonales, ökologische Produkte, artgerechte Tierhaltung, regionale Herkunft.

2.5 Der aktuelle Dioxin-Skandal führt deutlich die Vorteilhaftigkeit vieler klarer Regelungen des Ökolandbaus vor Augen. Bitte legen Sie dar, inwieweit die rigiden Vorgaben der hiesigen Ökoverbände als Vorbild von Regelungen im

Bereich der konventionellen Lebensmittelindustrie dienen können bzw. inwieweit der Ökolandbau zum Paradebeispiel für eine sichere Lebensmittelerzeugung benannt und politisch protegert werden kann?

Der Ökoanbau hat systembedingt ein geringeres Risiko für die Umwelt. Der Verzicht auf chemische Pestizide und mineralische Kunstdünger bewirkt eine bessere Klimabilanz und sichert das Grundwasser vor Belastung mit Chemikalien und Nitrat. Lebensmittel aus dem Ökoanbau haben nachweislich geringere Rückstände an Pestiziden.

Die hohen Standards und die hohen Kontrollen im Öko-Landbau erhöhen die Lebensmittelsicherheit und geben mehr Verbraucherschutz.

Deswegen wollen wir den Wert naturverträglicher, saisonaler, regionaler und biologischer Lebensmittel verdeutlichen. Wir GRÜNEN rücken den Öko-Landbau als multifunktionales Instrument in das Zentrum unserer Agrarpolitik. Wir wollen ihn zum **Leitbild** der Agrarpolitik machen.

3 Abstimmung in Fragen der Umsetzung von EU-Recht auf Länderebene

3.1 Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei die zukünftige Zusammenarbeit mit den im Lande tätigen Öko-Anbauverbände und deren Fachberatern bei der Umsetzung von EU-Recht vorstellt bzw. welchen institutionellen Rahmen Sie hierfür als angemessen und sinnvoll erachten?

Wir werden mit den Öko-Anbauverbänden eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und streben einen regelmäßigen Austausch an. Zu unseren Plänen siehe auch unsere Antwort auf Frage 1.4.

3.2 Obwohl unsere Fachberater die wichtigste und häufigste Schnittstelle zu den praktizierenden Landwirten darstellen, wird ihnen zum Teil auch weiterhin der Zugang zu MLR-internen Informationen zum Ökologischen Landbau verwehrt. Wie werden Sie in diesem Bereich zukünftig den Informationsfluss zum Wohle der Landwirte sicherstellen und verbessern?

Die Officialberatung wurde in den letzten Jahren immer mehr gekürzt. Landwirtschaftliche Beratung wird zunehmend von privaten Dienstleistern bereitgestellt. Es ist selbstverständlich, dass qualifizierte Berater einen Zugang zu Informationsquellen haben müssen. Wir werden einer guten EDV-gestützten Informationsbasis einer größeren Bedeutung beimessen. Sollten wir Regierungsverantwortung übernehmen, werden wir dieses umgehend angehen.